

DIE LINKE.

Friedberg

April/Mai 2024

Umgestaltung der Kaiserstraße

Wertsteigerung für Immobilien oder eine Straße für alle?

Am 18. März lud die Technische Hochschule Mittelhessen zur Veranstaltung „Innovationsquartier Kaiserstraße“ (IQ) ein. Auch Bürgermeister Kjetil Dahlhaus nahm teil. Es ging um die Zukunft der Kaiserstraße.

Bereits im November 2023 hatte sich eine Gruppe von Eigentümern und Geschäftstreibenden zu einem Workshop getroffen, bei dem strategische Überlegungen für die Erneuerung der Kaiserstraße entwickelt wurden.

Auf ihrer Homepage nennt die Stadt Friedberg diese

Ziele für das „Innovationsquartier“:

■ eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität ■ die Förderung des Einzelhandels ■ die Verschönerung des Stadtbildes.

Was sind eigentlich die Ziele der Stadt?

Wir als Linke stellen fest: Es ist beachtlich, mit welcher Selbstverständlichkeit der Bürgermeister hier eine städtische Aufgabe ohne Umwege an die Privatwirtschaft abgeben möchte. Auf die Nachfrage eines Teilnehmers der Veranstaltung, inwiefern die Stadt sich an dem IQ Kai-

serstraße beteiligt, wusste Kjetil Dahlhaus nur auf die Musikschule Friedberg zu verweisen. Diese befindet sich auf der Kaiserstraße und sei schließlich in städtischer Hand.

Das ist unserer Ansicht nach keine ausreichende Beteiligung der Stadt! Zumal laut Homepage „**Alle Maßnahmen... der Steigerung der Immobilienwerte und der erzielbaren Mieteinnahmen.**“ ^[1] dienen sollen.

Wir als Linke fragen uns, wo da die Interessen der Bürger und die Interessen der Menschen, die auf der Kaiserstraße wohnen einen Platz haben. Friedberg hat ohnehin zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Außerdem beinhalten die Pläne keinerlei Überlegungen zur Schaffung kultureller Räume. Auch eine Vereinbarkeit mit der bereits be-

Fortsetzung auf Seite 2

Kaiser- straße

schlossenen Umgestaltung der Kaiserstraße ist fraglich. Hier hatten wir bereits im Dezember 2022 einen Antrag zur Schaffung von Kinderspielgelegenheiten gestellt, der nicht in das Anforderungsprofil für die Umgestaltung aufgenommen wurde.^[2] Im Mai 2023 hatten wir uns einem

Antrag der Fraktion der Grünen in der Stadtverordnetenversammlung angeschlossen, in dem zusätzliche Hitzeschutzmaßnahmen für die Wuchszeit der neuen Bäume gefordert wurden, falls ein Erhalt des alten Baumbestandes an bestimmten Stellen nicht möglich ist. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.^[3] So lässt sich vermuten, dass das Interesse an hohen Immobilienwerten generell höher bewertet wird, als eine bunte, be-

lebte Straße, die als kultureller Raum und Lebensmittelpunkt unserer Stadt fungieren kann und auf der es sich auch während der zukünftig jährlich zu erwartenden Hitzewellen aushalten lässt.

Eine lebendige Straße für die Menschen!

Statt hoher Immobilienwerte und Mieteinnahmen braucht Friedberg unserer Ansicht nach eine Umgestaltung der Kaiserstraße unter folgenden Gesichtspunkten:

Aus dem Ortsbeirat Kernstadt

Regenbogenzebrastreifen

Im März haben wir im Ortsbeirat Friedberg unseren Antrag für einen Regenbogen-Zebrastreifen eingebracht.

Dieser wurde mit 80% Ja-Stimmen nun in den Magistrat gegeben.

In unserem Antrag heißt es: Unsere Stadt Friedberg steht für einen respektvollen Umgang miteinander, Vielfältigkeit, Menschlichkeit und Solidarität.

Dies zeigten die Bürger in den letzten Wochen mit der Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zu den Hanau-Morden, an der szenischen Lesung zu den Correctiv-Recherchen oder der

Teilnahme an der Kundgebung am 24. Februar 2024 gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus.

In Friedberg leben Menschen aus vielen Kulturen und Religionen.

Die Regenbogenfarben stehen für Akzeptanz, Vielfalt und Toleranz in der Gesellschaft. Und sie sind das Symbol der LGBTQ*-Bewegung für geschlechtliche Vielfalt. Es ist uns wichtig, auch in Friedberg ein Zeichen gegen die Diskriminierung von Menschen zu setzen.



Herausgeber:

DIE LINKE. Wetterau

ViSdP.: Gabi Faulhaber

Friedberg. e-mail:

info@die-linke-wetterau.de

**Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf**

www.die-linke-wetterau.de

■ Keine Umgestaltung, die mit einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt einhergeht! Hohe Mieteinnahmen nutzen nur den Hausbesitzern, nicht aber denen die in den Häusern wohnen oder dort ihre Geschäfte betreiben.

■ Eine Umgestaltung unter Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen! Der Baumbestand muss weitestgehend erhalten bleiben und darf nicht für einen freien Blick auf die

Fassaden weichen. Das Mikroklima auf der Kaiserstraße muss für die Menschen erträglich sein.

■ Schaffung kultureller Räume! Unter anderem Bemühungen zur Wiederbelebung des ehemaligen Central Studios.

■ Keine Konkurrenz zum restlichen Stadtgebiet!

Läden in Bahnhofsnähe sowie in der Altstadt müssen die gleiche Chance haben, am Wettbewerb teilzunehmen.

■ Die Kaiserstraße muss

zum Treffpunkt werden! In Friedberg treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander. Vorurteile und subjektive Ängste können durch den Charakter eines zentralen Treffpunkts abgebaut werden.

Quellenverweise:

[1] https://friedberg-hessen.de/index_main.php?unid=3495&PHPS ESSID=5d7940895703e9d5a9d2d00f09b23f83

[2] https://www.ratsinfo-friedberg-hessen.de/buergerinfo/to0050.php?__ktonr=44668

[3] https://www.ratsinfo-friedberg-hessen.de/buergerinfo/to0050.php?__ktonr=45912



Zebrastrifen in der Bismarckstraße/Ecke Saarstraße



Beispiel aus Wiesbaden

Zudem gibt es in Friedberg SchülerInnen, Studierende und ältere Personen, die auf sichere Zebrastrifen angewiesen sind. Besonders auf den ausgewiesenen

Schulwegen könnte ein Regenbogenzebrastrifen durch gute Sichtbarkeit für mehr Sicherheit sorgen. So zum Beispiel in der Bismarckstraße an der Ein-

mündung zur Saarstraße. Vorbild für die Umsetzung könnte ein Regenbogenzebrastrifen aus Wiesbaden sein. Friedberg ist bunt und vielfältig!

Sicherung und Stärkung der Musikschule Friedberg

Die linke Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung besuchte die Musikschule Friedberg.

Der Leiter, Kevin Burg, erläuterte umfassend die Arbeit und die Aufgaben der Musikschule.

Er wies auch darauf hin, dass es durch ein Urteil des Bundessozialgerichts Änderungen in der Mitarbeiterstruktur geben muss. Die bisherige Praxis, überwiegend Honorarkräfte zu beschäftigen, ist zukünftig nur noch in Ausnahmefällen zulässig. Die meisten Lehrkräfte müssen in fester Anstellung beschäftigt sein.

Grundsätzlich ist diese Regelung im Sinne der Beschäftigten sehr zu begrüßen. Doch daraus entstehen Mehrkosten in Höhe von voraussichtlich 100.000 Euro pro Jahr.

Viel zu geringe öffentliche Zuschüsse führen dazu, dass die Lehrkräfte schlechter bezahlt werden als in anderen Musikschulen. Es ist daher sehr schwierig

überhaupt qualifiziertes Personal zu finden.

Vor dem Hintergrund wies Herr Burg darauf hin, dass die musikalische Bildung in Friedberg im bundesweiten Vergleich schlecht dasteht. Die Zuschüsse von Land, Kreis und Stadt sind unzureichend. Deshalb kosten auch 30 Minuten Einzelunterricht in der Woche 78 Euro im Monat.

Musikalische Bildung muss für alle Kinder möglich sein - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!

Bei diesen hohen Kosten haben Kinder aus einkommensschwachen Familien kaum eine Chance ein Instrument zu lernen. Musikalische Bildung bleibt etwa einem Drittel der Kinder verwehrt, einfach weil sie arm geboren wurden. Dies wird auch durch den angebotenen Sozialtarif nicht wirklich gemildert.

Da die Musikschule das Geld für den Sozialtarif selbst tragen muss, blei-

ben die Unterrichtskosten auch mit Ermäßigung noch viel zu hoch.

Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für eine deutliche Erhöhung des städtischen Zuschusses aus. Dass MusiklehrerInnen in Friedberg dauerhaft unterbezahlt sind, ist kein Zustand! Aber auch der Druck auf Kreis und Land muss erhöht werden. Wir würden uns freuen, hier unseren neuen Bürgermeister im Einsatz für die Kinder in der Hauptstadt der Wetterau zu sehen. Die Musikschule soll in die Lage versetzt werden, ihren Bildungsauftrag ordentlich zu erfüllen.

Und wir fordern von der Stadt ein zusätzliches Budget für den Sozialtarif!

Für einkommensschwache Familien sollten die Entgelte um mindestens die Hälfte, besser jedoch 2/3 reduziert werden.

Um das umzusetzen, müssen Verwaltung und bürgerliche Fraktionen ihre Blockade gegen den Friedberg-Pass aufgeben, den Grüne, SPD und Linke beantragt haben.